

## Gewaltig, aber gewaltfrei!

### Unser Kampf geht weiter und wird erfolgreich

Der „Tag X“ und die Tage danach haben gezeigt, daß der Widerstand der Bevölkerung gegen das Umweltverbrechen in unserem Wald ungebrochen ist. Mehr noch, die Bürger waren zahlreicher denn je im Wald und an der abgeholzten Fläche an der Okrifteler Straße, wo die Tunnelarbeiter begonnen haben. Die Bürger waren in der Nacht da und blieben den ganzen Tag über. Die Erfahrung des letzten Jahres schlug sich nieder. Wenn die Menschen zahlreich und friedlich die Fläche besetzen, ist die Staatsmacht mit ihrer technischen Raffinesse am Ende. 10.000 Polizisten, das größte Polizeiaufgebot seit Bestehen der Bundesrepublik, mit Wasserwerfern, gepanzerten Fahrzeugen, mit Gummiknüppeln, Tränengas und „chemischer Keule“, dazu Einheiten des Bundesgrenzschutzes wagten es nicht, anzugreifen. Die Polizeioberen suchen die Auseinandersetzung, sie haben die jungen Polizisten in monatelanger Arbeit psychologisch vorbereitet. Nur Besonnenheit und zahlenmäßige Stärke kann in Zukunft den Plan zur Waldrodung und Dorfräumung vereiteln.

Die Einigkeit und die Disziplin, mit der die Startbahngegner trotz aller Provokationen der Polizeiarmee ihr Konzept des gewaltlosen Widerstandes durchhielten, die Solidarität der Bürger der gesamten Region, die Solidaritätsdemonstrationen tausender von

Startbahngegnern in Frankfurt, Marburg und Kassel, zwangen am 1. Tag die Polizei, auf die gewohnten und geplanten brutalen Zwangsmittel zu verzichten. Die Sprechchöre „Knüppel weg“ wirkten stärker als die Einsatzbefehle der Polizeioffiziere.

Der Versuch der Landesregierung und der Medien, die Bewegung gegen die Startbahn-West zu kriminalisieren und als eine Bewegung darzustellen, für die die Startbahn nur ein Vorwand für andere Ziele ist, ist kläglich gescheitert: Ihnen geht es um die Erhaltung des Waldes, um die Si-

cherung der Umwelt, um ein Leben in Frieden.

Jede Galaxy und Hercules der US-Luftwaffe, die über die Köpfe der Startbahngegner hinwegdonnerte, beweist, daß es für diese Startbahn und für diesen Polizeieinsatz vor allem einen Grund gibt: Die militärische Nutzung der geplanten Startbahn-West. Auch wenn es der Polizeiübermacht gelingt, das besetzte Gelände zu räumen, so steht trotzdem fest: Die Landesregierung hat zwar dann ein Stück Gelände gewonnen, aber eine politische Schlacht verloren. Das Ansehen



Ein Bild aus unseren Tagen. Bürger, die sich aneinander festhalten, sich aneinandergebunden haben, gegen die Staatsmacht. Die Erfahrung, die hier gesammelt wird, bleibt.

► der Bürgerbewegung in der Öffentlichkeit und das Gewicht ihrer Argumente sind erheblich gewachsen.

Der Polizeieinsatz gegen diese Bürgerbewegung bleibt eine Schande für die Landesregierung. Er entlarvt vor aller Welt den menschenverachtenden Charakter ihrer Startbahnpläne und der Methoden zu ihrer Durchsetzung.

Die DKP hat aktiv am Kampf gegen die Startbahn-West und an der Verteidigung des Waldes teilgenommen. Sie wird dies mit aller Kraft auch weiter tun.

---

Am vergangenen Sonntag gab es schwere Auseinandersetzungen. Mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummiknüppeln ging die Polizei gegen Demonstranten vor, die teilweise mit ihren Kindern gekommen waren. Etliche Startbahngegner mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Gegen diese Eskalation der Gewalt seitens der Polizei sollte der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung unverzüglich einen geharnischten Protestbrief an das hessische Innenministerium richten. Nicht zuletzt hat Herr Gries durch seine leichtfertigen Äußerungen und Beschimpfungen sehr zur Verhärtung der Situation beigetragen.

---

# Die Startbahn und der Frieden

Zwei in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus beachtete Ereignisse fanden dieser Tage ihren Niederschlag in den Meldungen der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens. Es war die gewaltige Demonstration für Frieden und Abrüstung der über 300.000 in Bonn und das kraftvolle Auftreten der über 20.000 Bürger unserer Region auf dem Gelände der geplanten 3. Startbahn-West, die ihren Wald bis jetzt erfolgreich verteidigten. In Bonn und am Flughafen der gleiche verantwortungsbewußte Bürger unseres Landes, angetreten gegen die Arroganz der Macht, der noch Mächtigen. Bei beiden Veranstaltungen empfanden

die Teilnehmer ein Gefühl der Stärke, gepaart mit der Überzeugung, daß ihr Handeln richtig und notwendig ist. Sie wußten, daß sie auf der richtigen Seite der Barrikade stehen. Auf der anderen Seite stehen die, die in Bonn und in Wiesbaden angeblich die politische Verantwortung tragen und dabei spielt es keine Rolle, ob als Regierung oder in der Opposition.

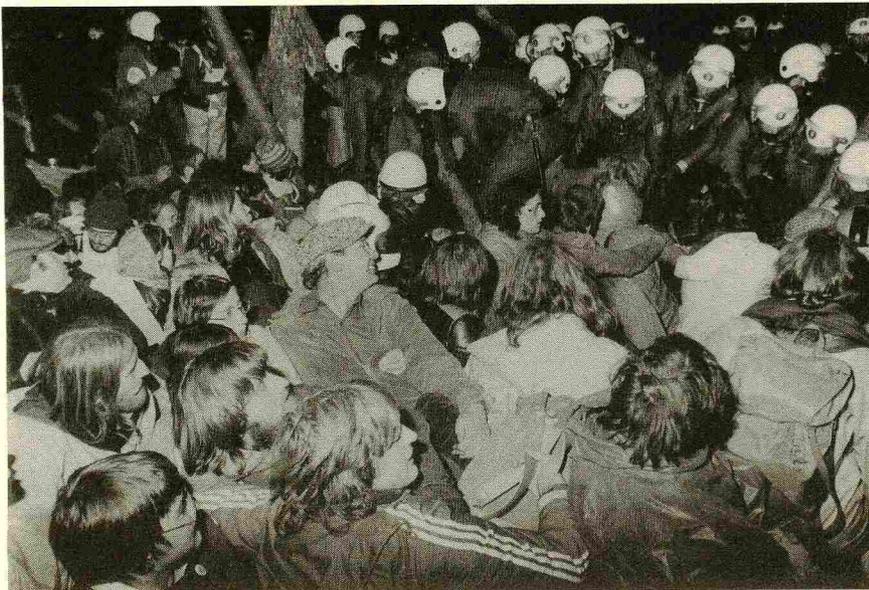
Es gibt noch mehr Parallelen zwischen den beiden Bewegungen, die in Bonn und am Flughafen ihren Willen bekundeten.

Beiden stehen Kräfte gegenüber, die auf Profit, Macht und Prestige orientiert

sind. Es sind die, die das Geschäft an der Rüstung gefährdet sehen, die um des Profits Willen und um die Erhaltung ihrer Interessenssphären auch einen Krieg einkalkulieren. Es sind auch die, die sich durch die mit Steuergeldern gebaute 3. Startbahn noch mehr Gewinn, Macht und Prestige erhoffen. Es sind in beiden Fällen die Großbanken und Konzerne, die als ausführende Organe die Regierung und die Gerichte und als durchzusetzende Kraft die Polizei haben. Dem können wir nur unser gemeinsames Vorgehen, unsere Einigkeit und Solidarität entgegenstellen. Es wird immer deutlicher und von allen nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand, ausgesprochen, daß die geplante 3. Startbahn auch militärischen Zwecken dienen soll. Bereits heute befindet sich, nach Auskunft der Flughafen AG, mit der „US-Air-Base“ der größte Militärflughafen der Amerikaner außerhalb der USA „in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rhein-Main-Flughafen“. Es ist bekannt, daß die Amerikaner auf dieser Kapazitätenausweitung bestehen und Frankfurt zur Drehscheibe und zum Stützpunkt für Aktionen im Vorderen und Mittleren Osten ausbauen wollen.

Nachdem immer neue Zahlen über den Rückgang des zivilen Luftverkehrs bekannt werden, drängt sich die Frage direkt auf, was könnte es sonst noch für Gründe geben, mit einer solchen Hartnäckigkeit und Brutalität dieses Bauvorhaben durchzuziehen.

Wer an der gewaltigen Friedensdemonstration in Bonn teilnahm, spürte, daß die Bewegung gegen die 3. Startbahn und gegen das damit zusammenhängende Umweltverbrechen, Teil der großen Friedensbewegung geworden ist. Obwohl viele Bürger unserer Stadt angesichts der Bedrohung und der geplanten Räumung des Widerstandsdorfes durch die Polizei im Wald präsent waren, fuhr noch über 200 Teilnehmer nach Bonn. Mit den Demonstranten aus dem Rhein-Main-Gebiet, dem Kreis Groß-Gerau und Darmstadt waren es schon Tausende, gekennzeichnet mit dem gelben Zeichen der Startbahngegner am Revers, die die Zeitung der BI verteilten und dabei Zustimmung und freundliche Worte ernteten. Auch vom Podium der Großkundgebung wurde von verschiedenen Rednern auf den bisher erfolgreichen Kampf der Bürger dieser Region aufmerksam gemacht. Lassen wir uns auch in Zukunft nicht auseinanderdividieren, nur Solidarität und Einigkeit sowie Ausdauer, garantiert uns den Erfolg.



Heinz Hechler

# Das Recht steht auf wackligen Füßen

FAG und Landesregierung scheinen alles auf eine Karte setzen zu wollen. Man beginnt mit dem Bau des Tunnels für die Okrifteiler Straße. Die Rodung des Waldes und die Räumung des Hütendorfes sind die nächsten Schritte. Die Landesregierung und Polizeiführung propagieren, daß die notwendigen rechtlichen Fragen geklärt seien, daß die Polizei der FAG nur „zu ihrem Recht“ ver helfe.

## Dem muß man widersprechen

Die Ausklammerung der wasserwirtschaftlichen Fragen aus dem Planfeststellungsbeschuß von 1971 und ihre jetzige Behandlung im Nachhinein ist rechtswidrig. Die Gesetze schreiben vor, daß alle relevanten Fragen im Planfeststellungsverfahren gleichzeitig behandelt werden müssen.

Rechtswidrig ist die wasserrechtliche Erlaubnis für den Tunnelbau, da einmal die falsche Behörde (Regierungspräsident) und zum anderen eine Durchführung von luftrechtlichen in ein straßenrechtliches Genehmigungsverfahren vorgenommen wurde. Doch dieser Tunnel ist nur im Zusammenhang mit der Startbahn-West nötig. Die Gesetze schreiben vor, daß die Naturschutzverbände und die betroffenen Gemeinden in das Verfahren mit einzubeziehen sind. Das ist aber nicht erfolgt.

Nach § 6 des hessischen Naturschutzgesetzes ist eine Genehmigung solcher einschneidender Baumaßnahmen nötig. Diese Genehmigung ist nie erteilt worden.

Im Planfeststellungsverfahren ist der Tunnelbau 1,5 km von der jetzigen Baustelle entfernt geplant. Ein zwingend vorgeschriebenes Planänderungsverfahren ist vor Baubeginn nachzuholen. Wäre es vielleicht rechtens, wenn jemand eine Baugenehmigung für Mörfelden hat und dann in Walldorf baut?

Die wasserrechtliche Genehmigung für die Startbahn steht noch aus. Es wird, so darf man vermuten, tausende Einsprüche geben, die verhandelt werden müssen. Es müßte also noch vollkommen offen sein, ob die Genehmigung überhaupt erteilt wird. Vor dieser Entscheidung dürfte doch ei-

gentlich kein Spatenstich für den Bau der Startbahn erfolgen. Daran sieht man, daß die Regierung die eigenen Gesetze als eine Farce und das Verfahren nicht mehr als eine lästige Pflichtübung betrachtet.

Das von der Startbahn und den Rollwegen abfließende verschmutzte Wasser muß aufgefangen und gereinigt werden. Den dazu nötigen wasserrechtlichen Antrag hat die FAG bis heute noch nicht gestellt.

Die Verlegung der RWE-Hochspannungsleitung beabsichtigt man anders als im Planfeststellungsverfahren zu trassieren. Das dazu nötige Planänderungsverfahren ist bisher nicht einmal eingeleitet worden.

Der Kreis Groß-Gerau hat eine Klage beim Verwaltungsgericht zur Startbahn-West gestellt. Dieses Verfahren ist immer noch anhängig, der Prozeß hat noch nicht stattgefunden.

Die Unterschriftensammlung für die Zulassung des Volksbegehrens ist fast abgeschlossen. Heute ist die Zahl der benötigten Unterschriften schon überschritten. Bei einer Demonstration am 14.11.81 in Wiesbaden sollen sie mit

dem Gesetzesvorschlag dem Landeswahlleiter übergeben werden. Der Baubeginn hat also nur den Zweck, vor dem Ende des Volksentscheids vollendete Tatsachen zu schaffen. Dies ist eine klare Mißachtung der Volkssouveränität und kommt einem Verfassungsverbruch gleich!

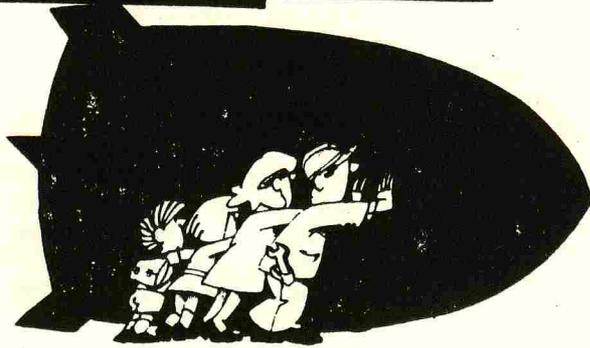
Schließlich hat der Umweltminister selbst in seiner Umweltverträglichkeitsbewertung festgestellt, daß die Schäden an Wald und Natur, die Beeinträchtigungen durch Lärm und Abgase nicht ausgeglichen werden können. Der Lärm wird in Mörfelden um das Achtfache zunehmen. Eine Umweltverträglichkeitsbewertung, wie sie vom DGB gefordert wird, und woran er sein bedingtes Ja zur Startbahn-West geknüpft hat, findet nicht statt. Teilweise neue Gutachten wären erforderlich. Doch die Zeit drängt für die FAG und die Landesregierung. Sie wollen Fakten setzen, bevor der Volkszorn noch größer und die Bewegung der Ausbaueegner noch stärker wird. Die Naturschutzverbände und die betroffenen Kommunen wollen dennoch alle juristischen Schritte ausschöpfen, um der Natur und den Menschen dieses Umlandes zu ihrem Recht zu verhelfen. Der aktive, gewaltfreie Widerstand der Bevölkerung ist — auch aus rechtlichen Gründen — Pflicht eines jeden Bürgers!

rd



Die Schülervvertretung der Gesamtschule Mörfelden-Walldorf organisierte am „Tag X“ einen Schulstreik. Zum Ferienbeginn am Freitag morgen gab es eine Demonstration, an der auch viele Eltern teilnahmen. Erstaunlich ist es, daß die Erhaltung unseres Waldes bei der Jugend einen so großen Widerhall findet. Aus mehreren Autos, besetzt mit Zivilpolizei wurde der Demonstrationzug gefilmt. Zum Abschluß auf dem Festplatz in Mörfelden sprachen neben je einem Vertreter der Schüler, Lehrer und Eltern auch eine Vertreterin der Bürgerinitiative.

**GEGEN DIE  
ATOMARE BEDROHUNG  
GEMEINSAM VORGEHEN!**



**FÜR ABRÜSTUNG  
UND ENTSPANNUNG IN EUROPA!**

# 300 000 Menschen demonstrierten für den Frieden!

**Eindrucksvoller Protest in Bonn**

Nicht nur eindrucksvoll, sondern überwältigend war die Friedensdemonstration der über 300.000 Teilnehmer in Bonn am 10.10.81. Unter dem Motto: „Gegen atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen. Für Abrüstung und Entspannung in Europa!“ kamen die Demonstranten in 33 Sonderzügen und über 3000 Bussen in die Bundeshauptstadt. Die Straßen und Plätze konnten die Menschen gar nicht fassen. Die größte Kundgebung, die die Bundesrepublik je gesehen hat, das breiteste Bündnis für den Frieden, die Abrüstung und Entspannung ist möglich trotz Diffamierungen im Bundestag, trotz Panikmache.

## 1,2 Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell

Soviel Unterzeichner unter einen Appell, der sich gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa, gegen den Bau der Neutronenwaffe wendet, hat es noch nie gegeben. Eine neue Qua-

lität des politischen Bewußtseins und des politischen Handelns drängt die Regierungen, endlich ernst zu machen mit Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Die Entspannung muß weiter verfolgt werden, denn nur sie ist in der Lage, ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Dieses ist

Grundlage für den Ausbau der Handelsbeziehungen, der Arbeitsplätze sichert und schafft. Unsere Politiker sind von dieser Manifestation des Friedenswillens der Bevölkerung herausgefordert. Sie müssen mit Taten zur Entspannung aufwarten. Lippenbekenntnisse sind nicht mehr ausreichend.

## Die Sowjetunion ist seit Jahren verhandlungsbereit

### Mai 1972

Bei den SALT-I-Verhandlungen bietet die sowjetische Regierung die Einbeziehung nuklearer Mittelstreckenraketen an. Die USA lehnen ab.

### November 1978

Die Staaten des Warschauer Paktes erklären, über alle Aspekte der Abrüstung verhandeln zu wollen, „auch über jene, über die bisher nicht verhandelt wird.“ Keine Antwort von der NATO.

### Oktober 1979

Leonid Breshnew erklärt sich bereit, die in den westlichen Gebieten der UdSSR stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen, falls in Westeuropa „keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden“.

Die NATO-Konferenz im Dezember 1979 beschloß die Stationierung von 572 zusätzlichen atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa!

### Februar 1981

Breshnew schlägt die Unterbrechung der Stationierung von atomaren Mittelstreckenträgern vor – also auch der SS-20 –, bis ein endgültiger Vertrag über die Begrenzung dieser Systeme in Europa geschlossen ist.

### Die DKP fordert:

- Neutronenwaffen ächten!
- Keine Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper in unser Land!
- Verhandlungen, damit die Atomwaffen mittlerer Reichweite in Europa begrenzt und verringert werden!
- Weg mit den atomaren, biologischen und chemischen Waffen aus unserem Land! Keine Neutronenbombe in Europa!
- Schluß mit der ständigen Steigerung der Rüstungsausgaben!
- Abrüstung und Entspannung, denn die Menschen wollen in Frieden leben!

### Zeitung der IG Metall:

„Die in Aussicht genommenen neuen Mittelstreckenwaffen dienen ausschließlich den strategischen Interessen der USA. Sie können Westeuropa nicht ‚schützen‘, das im Kriegsfall ohnehin bereits mit Kurzstreckenwaffen völlig vernichtet würde.“  
(Zeitung der IG Metall – April 1981)

# Wer bedroht uns?

Unser Land ist bedroht: Nirgendwo auf der Welt lagern so viel atomare Waffen wie in der Bundesrepublik. Auf Schritt und Tritt Raketen, Flugzeuge und andere Trägersysteme für Atomsprenköpfe. Sie sind Magneten, die einen atomaren Gegenschlag auf unser Territorium ziehen. Mit der Stationierung neuer US-Atomraketen, mit der Produktion der Neutronenwaffe soll der Atomkrieg wieder „denkbar“ werden, soll er „begrenzt“ führbar werden, soll er in den Grenzen der Bundesrepublik stattfinden können. Die Regierung der USA, die Bundesregierung, Massenmedien und Bonner Parteien behaupten, daß die „Nachrüstung“ nötig wäre, um mit der Sowjetunion „gleichzuziehen“. Militärexperten, Friedensforscher und verantwortungsbewußte Politiker bestätigen, daß es keine „Raketenlücke“ gibt. Un-

**„Die Neutronenwaffe ist ein wünschenswerter Beitrag zur Modernisierung unserer nuklearen Streitkräfte auf dem europäischen Kriegsschauplatz.“  
(Anfang 1978 Oberbefehlshaber der NATO, jetzt USA-Außenminister)**

verhohlen erklären Vertreter der USA, daß sie die militärische Überlegenheit wiedererlangen wollen. Seit Jahr und Tag lagern auf dem Boden der Bundesrepublik chemische Kampfstoffe in rauen Mengen. Zu den vorhandenen Atomraketen sollen weitere hinzukommen. Die Neutronenbombe soll in unserem Land stationiert werden. Das bedroht uns!

**„Wir sind nicht bereit gewesen, Abrüstungspläne zu entwerfen, und waren unfähig, eigene schöpferische Vorschläge zu machen — immer haben wir die Initiative in den Händen der Russen gelassen.“  
Das sagte der amerikanische Präsident John F. Kennedy am 30. Januar 1961.**

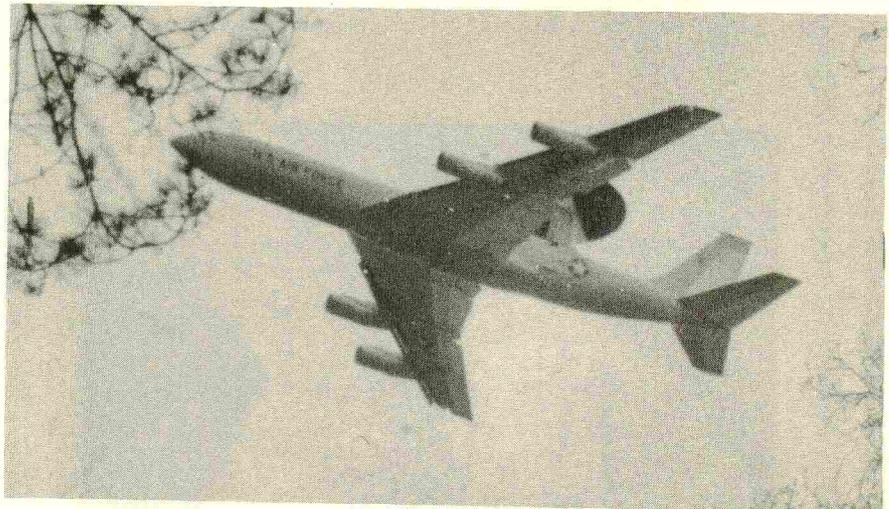
Wenn die US-Regierung von uns verlangt, das Röhren-Erdgas-Geschäft mit der Sowjetunion zu stoppen, dann bedroht das Arbeitsplätze in unserem Land!

Unsere Souveränität ist bedroht, wenn die US-Administration verlangt, die Sozialausgaben zugunsten der Rüstung zu kürzen! Wir werden bedroht von einer Politik der atomaren Erpressung gegen die Sowjetunion. Denn nach Jahren der Entspannung führt diese Politik zurück in den kalten Krieg und will den „heißen“ wieder denkbar machen. Nicht nur denkbar ist für die perversen Kriegsstrategen der Atomkrieg, er wird

auch geprobt: Im Norden des US-Bundesstaates New York — dem Norden Europas landschaftlich ähnlich — werden europäische Kampfhandlungen geprobt. Einbezogen werden in diese Kriegsspiele die 6000 Atomsprenköpfe, die auf dem Boden der Bundesrepublik lagern. Bis 1983 soll der Kommandobunker für den Einsatz der neuen US-Atomraketen in Europa fertiggestellt sein. Der „denkbar“ gewordene Krieg soll in Europa geführt werden. Nicht in den USA.



8.000 bis 10.000 Menschen kamen trotz schlechter Witterung zur Kundgebung auf den Walldorfer Festplatz. Gleichzeitig waren 3.000 bis 4.000 Menschen im Walldorf. Allein die Zahl macht deutlich, daß der Widerstand gegen das Umweltverbrechen ungebrochen ist. Leo Spahn von den Bürgerinitiativen trat energisch den Diffamierungen der Wiesbadener Regierung entgegen und forderte den hessischen Innenminister Gries zum Rücktritt auf. Wer Bürger im legalen und berechtigten gewaltfreien Widerstand als Asoziale und Kriminelle, als Vorzeigebürger und Spinner tituliert, kann kein Repräsentant der Bürger sein. Nach der Kundgebung zogen viele in den Wald zum Hüttendorf, um an einem Gottesdienst teilzunehmen.



Ein weiteres Beispiel dafür, daß der Rhein-Main-Flughafen ein immer bedeutsamerer Standort der US-amerikanischen Logistik wird, dokumentiert dieses Bild. Es wurde am 22.3.1981 um 14 Uhr vom Hüttendorf aus aufgenommen und zeigt eine Maschine der Awacs-Luftflotte. Die Radareinrichtungen erlauben einen Blick tief in die sozialistischen Staaten.

# Gegen Sozialabbau wehren!

Es vergeht kein Tag, an dem nicht eine neue Meldung über Arbeitsplatzvernichtung, Betriebsschließung, Streichungs- und Kürzungsabsichten im sozialen Bereich zu lesen oder zu hören ist. Die Liste der unmittelbar bedrohten Arbeitsplätze in Hessen ist lang. Die gravierendsten Fälle:

850 bei Enka, Kassel;  
 800 bis 1500 bei AEG – Duo-Frost, Wiesbaden-Kastel;  
 2700, davon 1600 in Frankfurt, bei Adler-Werke;  
 1700 bei VDM, Frankfurt;  
 400 bei BBC, Hanau;  
 800 bei Haas & Sohn, Sinn/Dillkreis;  
 100 bei Caltex, Raunheim;  
 218 bei Passavant, Michelbach;  
 500 bis 1500 bei Kalle, Wiesbaden;  
 250 bei Pintsch-Bamag, Butzbach;  
 130 bei Philipps, Wetzlar;  
 500 bei Dunlop, Hanau;  
 250 bei Bänninger, Gießen; ...  
 Seit 1979 hat Opel, Rüsselsheim, 8000 Arbeitsplätze abgebaut, 600 bis 1000 Beschäftigte will die Stadt Frankfurt bis 1982 abbauen, im Frankfurter Geld- und Kreditgewerbe sind 3000 Arbeitsplätze in Gefahr (die Commerzbank hat bereits 600 Arbeitsplätze wegrationalisiert).

Hier geht es nicht um „Schwarzmalerei“ und „Panikmache“ – es ist ohnehin schlimmer geworden, als viele noch vor kurzem wahrhaben wollten.

## Die Geschichte lehrt

Wie am Beginn der 30er Jahre will der Staat durch Sparmaßnahmen die kranke Situation in den Griff bekommen. Soziale Leistungen sollen geschmälert werden oder ganz entfallen. Z.B. Kin-

dergeld, die Arbeitslosenunterstützung, die Weihnachtsbeihilfe für Sozialhilfeempfänger... Der Krankenkassenbeitrag für Rentner soll eingeführt werden, Steuern und Gebühren sollen steigen. Es klingt noch das Kanzler-Wort in den Ohren, daß wir „unverschämt reich“ seien. Dabei ist die öffentliche Hand bettelarm und wird ständig ärmer, weil Preissteigerungen und Mindereinnahmen die Krise verstärken. Damals hatte man erkannt, daß die Brüning'schen Notverordnungen (Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Lohnsenkungen) der falsche, der umgekehrte Weg sind, um Krisen zu meistern. So raten anerkannte Wissenschaftler im Alternativ-Gutachten 20 Milliarden Mark zur Belebung der Wirtschaft aufzubringen.

## Das Programm ist finanzierbar

Zur Finanzierung macht die DKP folgende Vorschläge:

- Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Einziehung von Steuerrückständen,
- Stärkung der Finanzkraft der Kommunen durch höheren Anteil am Gesamtsteueraufkommen,
- Rückführung des Rüstungshaushaltes auf den Stand von 1980 als ersten Schritt zur weiteren Senkung,
- Ergänzungsabgabe der Wirtschaft und Arbeitsmarkt abgabe der Millionäre,
- Rückzahlung von Subventionen bei Nichterfüllung der Auflagen,
- höhere Einnahmen durch steigende Beschäftigung und Kaufkraft (z.B. Sozialhilfen würden nicht notwen-

dig und höhere Steuereinnahmen wären die Folge),  
 – stärkere Heranziehung der Konzerne für kommunale Aufgaben nach dem Verursacherprinzip (Umweltschutz, Infrastruktur usw.).

Damit sich diese andere Politik durchsetzt gegen die Interessen der paar Superreichen und deren Handlanger in den Ministerien und Regierungen, muß gekämpft werden. Denn dort, wo gekämpft wurde, gab es Erfolge – diese Lehre gilt es zu beherzigen.

*Die SKV-Mörfelden erarbeitet ein Vereinsarchiv. Georg Herzberger, Pressewart der SKV, sandte uns hierzu nachfolgenden Hinweis:*

## Ist die organisierte Turnbewegung in Mörfelden älter als 100 Jahre?

Die Frage muß man sich stellen, wenn man die „Satzungen des Turnvereins zu Mörfelden“ in den Händen hält. Es handelt sich hierbei keinesfalls um die Satzung des Turnvereins 1880 e.V. („Schwanen-Turner“), sondern um einen Turnverein, der sich am 26. Juli 1863 eine Satzung gab. Außer dem Tag „26. Juli 1863“, der auch Gründungstag des Vereins sein kann, sind uns die Namen der Mitglieder des Vorstandes überliefert.

Es sind dies:

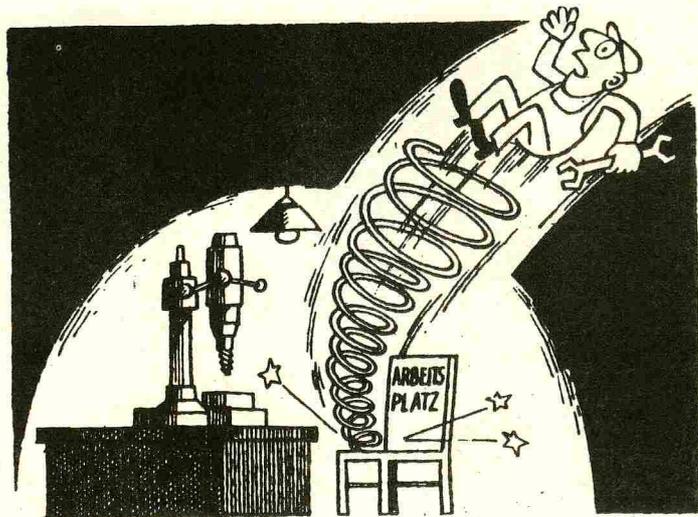
Ludwig Völker, 1. Sprecher  
 Jakob Knodt, 2. Sprecher  
 Jakob Schwappacher, Turnwart  
 Gerson Oppenheimer, Schriftwart  
 Jakob Scherer, Säckelwart und  
 Johannes Scherer, Zeugwart.

Das vorliegende Exemplar der Satzung des Turnvereins zu Mörfelden wurde uns freundlicherweise von Ernst Völker, Frankfurter Straße 40 zur Verfügung gestellt (Ernst Völker ist Enkel des 1. Sprechers).

Wir müssen, da uns keine weiteren Unterlagen vorliegen, fragen:

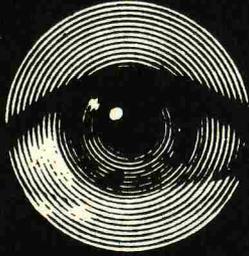
1. Welchen sportlichen Weg nahm dieser Turnverein?
2. Was ist aus diesem Turnverein geworden?  
 a) Fusionierte er? Wenn ja, wann und mit wem?
3. Gibt es weitere Unterlagen von diesem Turnverein?

Auf Ihre Unterstützung wartet: Georg Herzberger, Pressewart der SKV Mörfelden, Wilhelm-Leuschner-Str. 36.



Die Rüstungsspirale und ihre Folgen.

## BLICKPUNKT KOMMUNAL



# Rotstift- Aktion

## Weihnachtsbeihilfe für Sozialhilfeempfänger ersatzlos gestrichen

Den Stadtverordneten ging ein Brief des Magistrates zu, der mitteilte, daß dieses Jahr die Weihnachtsbeihilfe für Sozialempfänger gestrichen wurde. Diese freiwillige Leistung des Landes Hessen in einer Höhe von 50,- bzw. 100,- DM bezogen im vergangenen Jahr ca. 320 Personen unserer Stadt; ein Gesamtbetrag von ca. 30.000,- DM. Die Stadtverwaltung schrieb an den Kreis, er solle doch als Sozialhilfeträger die Weiterführung dieser sozialen Maßnahme übernehmen. Von dort kam als Antwort ein Nein. In der letzten Sozialausschußsitzung stand das Thema auf der Tagesordnung. Von seiten des Magistrates wurde eine Übernahme durch die Stadt ebenfalls abgelehnt, denn die Kommune könne nicht das ausgleichen, was bei Bund und Land mit dem Rotstift angerichtet werde. Man denke an das Kindergeld, die Arbeitslosenunterstützung, die Krankenkassenbeiträge für Rentner etc.; diese in der Diskussion stehenden Belastungen könne die Stadt ebenfalls nicht ausgleichen. Die Schuldigen für die Rotstift-Politik sitzen also in Wiesbaden und Bonn. Hier wird Steuergeld verteilt. Und weil viel Geld und immer mehr Geld für die sogenannte Nachrüstung verpulvert wird, weil in Prestigeobjekte wie dem Rhein-Main-Flughafen investiert wird, ist die Finanzdecke knapp ge-

worden. Da wird dann der Rotstift bei den Sozialausgaben angesetzt und schon stimmt die Sache. Daß dieses Tun gerade bei den Bedürftigsten zuerst geschieht, ist ein Skandal, doch

die, die keine lautstarke Lobby haben, sind immer zuerst dran.

Eine Protestresolution seitens der Stadtverordneten sollte nicht die letzte Antwort sein.

# Südümgehung – Nordumgehung

Seit über zehn Jahren diskutiert man in der Bevölkerung und den städtischen Gremien die immer gravieren-deren Verkehrsprobleme unserer Stadt. Durch die Tangierung zweier Bundesstraßen (B 44, B 486) im Stadtbereich sind einige Straßen (Langener-/Westend-/Rüsselsheimer Straße, Gärtnerweg/Groß-Gerauer Straße) außerordentlich stark belastet. Einig ist man sich in dem Ziel, den überörtlichen Verkehr aus der Stadt zu drängen. Bisher diskutierte man eifrig die Südümgehung, die Pläne sind schon weit gediehen. Sie soll vom Schlangenloch durch die Faulbruchwiesen und Wald zur Nikolauspforte geführt werden, den Bahnübergang ersetzen und im Bereich der Darmstädter Straße wiederum ca. 100 m tief im Wald verlaufen, dann in einem Bogen zur Langener Straße die Feldgemarkung durchschneiden. Soweit der erste Planungsabschnitt. Später soll es dann weitergehen zwischen Industriegebiet und Mülldeponie durch das Eichengebiet zum Anschluß an der Aschaffener Straße.

Am Informationsabend am 9. 9. 81 im Bürgerhaus wurde heftige Kritik an dieser Straßenführung geübt. Man bedauerte den Landschaftsverbrauch, die Trassierung durch den Wald, dann die Nähe zur Wohnbebauung im Bereich der Darmstädter Straße. Während der Versammlung wurde von Mitgliedern der „Grünen Bürgerliste“ ein Plan verteilt, der eine Nordumgehung propagiert. Ohne eine endgültige Stellungnahme dazu unsererseits schon heute abgeben zu können, seien aber einige kritische Momente angeführt:

1. Die Bundesstraße würde zwei rechtwinklige Punkte erhalten (Langener Straße und Rüsselsheimer Straße), die den Verkehrsfluß behindern und Lärm verursachen.
2. Die Verlegung der Westtangente zum Waldrand.
3. Die Nähe zur dortigen Wohnbebauung.
4. Die Beibehaltung des jetzigen Bahnübergangs.
5. Die Nichtlösung des Verkehrsflusses

von und nach Gräfenhausen/Darmstadt (lt. Verkehrszählung 3 480 Fahrzeuge innerhalb 24 Stunden, davon 2 545 als Durchgangsverkehr).

## 6. Die Zeit der Realisierung.

Wer heute versichert, die Nordumgehung als bessere und schneller zu realisierende Lösung anzubieten, streut den geplagten Bürgern in den betroffenen Straßen Sand in die Augen. Trotzdem muß die Diskussion um die Verkehrsentslastung weitergeführt werden. Eine Lösung, wie auch immer, bedeutet einen Kompromiß.

Rudolf Dötsch

# Betteltour der Schulen

Eltern von schulpflichtigen Kindern erzählt man nichts Neues, wenn man sie auf die fast regelmäßigen Schreiben der Schulen anspricht. Da wird ein neues Buch gebraucht, dort ist ein Ausflug mit Kosten verbunden, ein Theater- oder Museumsbesuch geplant.

Welche Eltern haben nicht schon diese Praktiken beanstanden. Doch man zahlt die geforderten Beträge, denn man will für seine Kinder ja das Beste und an den paar Mark soll es nicht scheitern.

Auch ganz demokratisch gehen die Schulleitungen vor, sie stellen den Eltern die Frage, ob sie einverstanden oder nicht einverstanden sind mit der geplanten Maßnahme. Doch was geschieht, wenn ein paar Eltern dagegen sind? „Dann kommst du ja nicht mit“, wird dem Kind gesagt. In Hessen herrscht Schulmittelfreiheit. Wenigstens die Bücher sollten also vom Schulträger finanziell getragen werden. Doch der Staat spart. Er belastet die Eltern; und mit dem gesparten Geld wird dann z. B. die Startbahn West auf Rhein-Main gebaut.

Erinnern wir uns: Vor ein paar Jahren wurde mit allem Ernst diskutiert, ob nicht die Eltern fehlende Lehrer einstellen, bzw. bezahlen sollten. Seit Jahren spricht man über kleinere Klassen, doch man hatte nicht genügend Lehrer und Klassenräume. Heute hat man Lehrer, doch kein Geld, um sie einzustellen.

Auch darin drückt sich das mangelnde Wollen und Können der Regierenden aus: Bildung ist die vornehmste Aufgabe des Staates. Wer an der Bildung spart, spart an der Zukunft.

Rudolf Dötsch

# 7. Hessisches Arbeiterkonzert Hallesche Philharmonie, DDR

## Programm:

Günter Kochan	Passacaglia und Hymne
Ludwig van Beethoven	Violinkonzert D-Dur op. 61
Antonin Dvorák	Sinfonie Nr. 9 e-Moll op. 95
Dirigent: Olaf Koch	Solist: Gustav Schmahl

**Sonntag, den 22. November 1981, 19.00 Uhr**  
**Mörfelden-Walldorf, Bürgerhaus Mörfelden**

Eintritt: Abendkasse 7,- DM;  
Lehrlinge, Arbeitslose, Rentner, Schüler und Studenten 6,- DM  
Vorverkauf 6,- DM; bzw. 5,- DM



## Mörfelden gestern

*Die meisten Gruppenbilder früherer Jahre, auf denen Frohsinn und Geselligkeit festgehalten wurden, entstanden ohne Zweifel zur Kerb. Es wurde gesungen, getanzt und getrunken. Am „Kerwemontag“ genehmigte man sich auch mal ein Rippchen mit Kraut. Die „Kerweborsch“ sorgten für Stimmung und nicht jeder, der eine Baßgeige oder eine Ziehharmonika in der Hand hielt, war wirklich ein Musiker.*

*Unser Bild wurde aufgenommen im Jahre 1925 im Hofe der ehemaligen Gastwirtschaft „Zum Weingarten“, genannt „Geriewene“ in der Weingartenstraße. Die Wirtschaft war ein beliebtes Arbeiter- und Vereinslokal, in dem unter anderem die Fußballabteilung der „Freien Turner“ ihr Domizil hatte.*

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck